



Österreichische Gesellschaft für **Politikberatung und Politikentwicklung**

E-Voting in Europa

Wien, August 2018

Einleitung	3
Überblick: Pro und Kontra	5
Länderbeispiele.....	6
Belgien.....	7
Bulgarien.....	7
Deutschland	8
Estland	8
Finnland	9
Frankreich	9
Irland	10
Litauen	10
Niederlande	10
Norwegen.....	11
Österreich.....	11
Schweden	12
Schweiz	12
Slowakei	13
Spanien	14
Vereinigtes Königreich	14
Europarat	14
Quellen.....	16

Einleitung

Als Vorreiter des E-Votings gilt Estland. Als erstes Land der Welt hat Estland ab dem Jahr 2005 ein flächendeckendes E-Voting System implementiert. Rund ein Drittel der Wähler*innen nutzt mittlerweile diese Form der Stimmabgabe bei kommunalen, nationalen und Europawahlen. Auch die Schweiz ist seit den 2000er Jahren eifrig dabei ihr E-Voting-System zu verbessern und auszubauen. Bis jetzt war bei rund 200 Wahlen die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe gegeben.

Mit der Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe ist der digitale Fortschritt also auch in der Politik angekommen. Im Fokus steht die Entwicklung zuverlässiger und sicherer Systeme, die eine Wahl über das Internet ermöglichen können. Eine elektronische Stimmabgabe muss garantieren können, dass die Grundsätze des Wahlrechts nicht verletzt werden. Kritiker*innen sehen vor allem das persönliche und das geheime, aber auch das freie Wahlrecht gefährdet.

Eine solche Möglichkeit könnte das „Blockchain System“ sein. Dieses System ermöglicht Datenverschlüsselungen durch mit Streusätzen und Zeitstempel versehenen Datenblöcken. Dieser Manipulationsschutz hat sich bereits in der Finanzwelt, unter anderem bei der Kryptowährung Bitcoin, bewährt. In einigen Regionen, wie etwa dem Kanton Zug oder auf Ebene der Moskauer Stadtverwaltung wird das Blockchain System bereits erfolgreich zum Schutz bei E-Voting eingesetzt. Blockchain alleine reicht aber nicht, denn auch die Sicherheit der verwendeten elektronischen Urnen muss gewährleistet sein. Bis diese Technologie weiter ausgereift ist, wird Blockchain nur bei kleinen, kontrollierten Wahlen zur Anwendung kommen.

Ein weiterer Sicherheitsmechanismus ist das am Karlsruher Institut für Technologie entwickelte „Bingo Voting“. Hierbei bekommt jede*r Wähler*in einen anonymisierten Beleg seiner Stimme, welcher dann veröffentlicht wird. Dies dient zur persönlichen Kontrolle aller Wahlberechtigten, ob ihre Stimme gezählt wurde, und ob es Manipulationen an ihrer Stimmabgabe gab. Der Beleg wird dabei mit einer zufällig generierten Zahl versehen, welche sich auf Beleg und elektronischer Urne vergleichen lässt. Ähnliche Kontrollmechanismen weist auch das „Pushscan“ verfahren auf, bei dem zwar auf die zufällige Kontrollzahl verzichtet werden kann, jedoch eigene Belegzettel benötigt werden.

In Zeiten, in denen immer mehr „online“ erledigt werden kann, könnte diese einfache Möglichkeit der Stimmabgabe (vor allem bei jüngeren Wähler*innen) zu einer höheren Wahlbeteiligung führen. Dies ist das wohl stärkste Argument der E-Voting-Befürworter*innen.

In Österreich spielt E-Voting bis dato keine Rolle. Zu schwer wiegen nach wie vor Sicherheitsbedenken. Ob oder wann es wieder auf die politische Agenda kommt, ist derzeit nicht absehbar, wird aber wohl vom Erfolg und der Weiterentwicklung des E-Votings in anderen Ländern abhängen.

Überblick: Pro und Kontra

Pro

- **Schnelligkeit:** Wahlergebnisse können schneller ausgezählt und publiziert werden.
- **Kostensparnis:** Ist ein E-Voting-System einmal implementiert, kann es langfristig zu einer Kostensparnis führen.
- **Höhere Wahlbeteiligung:** Personen mit besonderen Bedürfnissen sowie jene, welche nicht die Möglichkeit haben, in das Wahllokal zu gehen, können dennoch ihre Stimme abgeben. Auch Auslandsbürger*innen können besser partizipieren, da es aufgrund des Postweges häufig Probleme mit der fristgerechten Zustellung von Wahlkarten gibt. Jüngere Wähler*innenschichten könnten durch die Nutzung neuer Technologien eher zu einer Stimmabgabe mobilisiert werden. Demnach, so argumentieren Befürworter*innen des E-Votings, würde die zusätzliche Möglichkeit der Stimmabgabe zu einer steigenden Wahlbeteiligung führen.

Kontra

- **Wählen auf Knopfdruck:** E-Voting ist eine bequeme Möglichkeit seine Stimme abzugeben. Gerade das könnte zu demokratiepolitischen Problemen führen. Es wird befürchtet, dass das Wählen auf Knopfdruck mit einer unzureichenden Reflexion einhergehen könnte. Die Grenzen würden aufgrund der Nähe zu einem bereits bekannten Muster, wie zum Beispiel einer „gefällt-mir“ Angabe in Facebook, zunehmend verwischt, was zu einer Entwertung des Wahlaktes führen würde.
- **Digital divide:** Es besteht die Gefahr, dass Menschen, die über keinen Internetzugang oder nicht die entsprechenden Möglichkeiten oder Kompetenzen der Verwendung eines internetfähigen Geräts verfügen, benachteiligt werden.
- **Cyberattacken:** Technische Gebrechen, Viren und etwaige Hackerangriffe könnten zur Beeinflussung des Wahlergebnisses führen. Selbst wenn Cyberattacken nicht erfolgreich sind, würden sie dennoch dazu führen, dass das Vertrauen sowohl in die Korrektheit des Ergebnisses als auch in E-Voting sinkt.
- **Anonymes Wahlrecht:** Die Gewährleistung der Anonymität der Stimme ist bei unzureichender Bestimmung gefährdet, aber auch etwaige Hackerangriffe können diese gefährden. Zudem besteht die Möglichkeit der Beeinflussung des*r Wählers*Wählerin durch andere Personen, wenn die Stimmabgabe nicht im geschützten Rahmen der Wahlkabine stattfindet.
- **Wahlbetrug:** Auch Wahlbetrug ist eine Möglichkeit, wenn nicht ausreichende Bestimmungen getroffen werden, welche den Zugriff auf die Zugangsdaten der

Wähler*innen beschränken. Damit einher geht die Frage nach einer ausreichenden Kontrolle der Identität der Wähler*innen.

- **Nachvollziehbarkeit:** Herkömmliche Stimmzettel können einfach nachgezählt und kontrolliert werden. Bei elektronischen Abstimmungsverfahren ist man hier bislang noch auf komplexe, mathematische Methoden angewiesen. Einer OSZE-Empfehlung zufolge sollte man die Wahlsysteme vereinfachen, was zwar die Nachvollziehbarkeit, jedoch auch das potentielle Manipulationsrisiko erhöht.

Länderbeispiele

Belgien

Seit: 1991

Wahl: lokale, provinziale, europäische, regionale und nationale Wahlen

Funktionsweise: Die Wähler*innen erhalten im Wahllokal eine Magnetkarte, welche zuvor vom Vorsitzenden des Wahllokals mit einer digitalen Signatur versehen wird. Diese Karte ersetzt den Stimmzettel. Wenn sie in den Wahl-Computer eingeführt wird, erscheint ein Stimmzettel auf dem Bildschirm, die Abstimmung erfolgt über einen Lichtstift. Die Wähler*innen erhalten daraufhin einen Beleg zur Kontrolle. Schlussendlich wird die Magnetkarte wieder abgegeben, der Beleg gescannt und in eine Urne geworfen. Alle abgegebenen Stimmen werden auf einer Diskette gespeichert, die dann zum*r Vorsitzenden des Wahlbüros des Kantons gebracht wird. Dort werden sämtliche Disketten aus dem Kanton ausgewertet, wobei diese Auswertung jeweils 3 bis 5 Minuten dauert. Die Dauer ist abhängig von der Anzahl der Listen und Kandidat*innen. Anschließend wird das Ergebnis elektronisch an den Federal Public Service Home Affairs übermittelt. Im Jahr 2003 wurde das System erweitert. Seither erfolgt nach der Abgabe der Stimme ein Ausdruck eines Tickets, worauf die Wahlentscheidung ersichtlich ist. Dieses dient zur Kontrolle für die Wähler*innen. Diese Tickets werden ebenso gezählt und mit dem elektronischen Ergebnis verglichen. Wenn es eine Differenz gibt, zählen die abgegebenen Stimmen auf den Tickets.

Akzeptanz und Nutzung: 1991 gab es in Belgien in 2 Wahllokalen die ersten Versuche von E-Voting mittels magnetischer Karte und einem Wahlcomputer. Die Anzahl der Personen, welche elektronisch ihre Stimme abgeben können, wurde von 1994 bis 1999 verdoppelt, 44% der Wahlberechtigten konnten fortan elektronisch wählen. Bei den Regionalwahlen 2018 kann in über 180 belgischen Gemeinden digital gewählt werden. Diese liegen überwiegend in der Flämischen Region sowie in der Region Brüssel-Hauptstadt.

Bulgarien

Jahr: 2002

Funktionsweise: elektronische Stimmabgabe im Wahllokal, Internet und telefonisch

Akzeptanz und Nutzung: Seit 2002 steht E-Voting im Rahmen der E-Government Strategie in Bulgarien auf der Agenda. Es wurde an einem unfangreichen E-Voting-Gesetzesentwurf gearbeitet, welcher die elektronische Stimmabgabe im Wahllokal, über das Internet sowie

telefonisch vorgesehen hat. Im Jahr 2015 scheiterte jedoch ein Referendum über die Einführung der Abstimmung über das Internet an einer zu geringen Wahlbeteiligung.

Deutschland

Jahr: 2005

Wahl: 16. Bundestagswahl

Funktionsweise: Abstimmung mittels Wahlcomputer

Akzeptanz und Nutzung: In Deutschland haben 2005 bei der 16. Bundestagswahl 2 Millionen Wahlberechtigte ihre Stimme mittels Wahlcomputer abgegeben. Der Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, dass der Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl, welcher auch die Ordnungsmäßigkeit und Nachvollziehbarkeit der Wahlvorgänge inkludiert, nicht ausreichend gegeben war. Derzeit sind verfassungskonforme Wahlen auf diese Weise in Deutschland also nicht möglich. Die hohe Komplexität und Undurchsichtigkeit von E-Voting lässt sich von den meisten Wähler*innen nicht nachvollziehen. Weiters entsprechen die technischen Systeme noch nicht den notwendigen Anforderungen. Aufgrund wahlrechtlicher und wahlpraktischer Gründe wird seither eher Abstand von der Implementierung des E-Votings genommen.

Estland

Seit: 2005

Wahlen: Kommunalwahlen, nationale Wahlen, Europawahlen

Funktionsweise: Die Identifizierung der Wähler*innen erfolgt über einen Chip auf dem Personalausweis. Dieser wird in ein spezielles Kartenlesegerät eingeführt, mit der Eingabe eines PIN-Codes ist die Identifizierung abgeschlossen. Ab einem gewissen Zeitraum vor dem tatsächlichen Wahltag können die Est*innen bereits ihre Stimme online abgeben. Dies kann auch mehrmals stattfinden, schlussendlich zählt die letzte Stimmabgabe. Und sollten sich die Bürgerinnen und Bürger dazu entscheiden, trotz bereits erfolgter Stimmabgabe im Wahllokal wählen zu wollen, wird diese Stimme gezählt. Das System ist durch eine doppelte Kontrollmöglichkeit vor etwaigen Viren, Hackern oder Problemen bei der Datenübertragung geschützt. Nach der Stimmabgabe besteht die Möglichkeit, sich über das Mobiltelefon mit der Wahlseite zu verbinden und so die Resultate, welche die zentralen Server erhalten haben, zu kontrollieren.

Nutzung: Estland gilt als Vorreiter bei der elektronischen Stimmabgabe. Es gibt ein flächendeckendes E-Voting System, welches die Stimmabgabe über den eigenen Computer zuhause ermöglicht. Bereits seit 2005 gibt es diese Möglichkeit, welche bei den vergangenen

kommunalen, nationalen und Europawahlen bereits von über 30% der Wahlberechtigten genutzt wurde.

Akzeptanz: Erfolgsfaktoren für E-Voting in Estland sind einerseits die Anzahl der Bewohner*innen (1,3 Mio.) als auch die niedrige Bevölkerungsdichte. Durch E-Voting werden weite Wege zum Wahllokal erspart. In der jungen Demokratie mit einem geringen Institutionalisierungsgrad bestand die Möglichkeit der Entwicklung eines modernen, neuen Wahlsystems. Weiters ist die Affinität zum Internet in Estland hoch, es gibt einen hohen Grad der Vernetzung und ein hohes Maß an Vertrauen in neue Technologien.

Finnland

Jahr: 2008

Wahlen: Kommunalwahlen

Funktionsweise: Elektronisch im Wahllokal

Akzeptanz und Nutzung: Bei Kommunalwahlen in Finnland wurde 2008 in Karkkila, Kauniainen und Vihti das erste Mal die Möglichkeit zur elektronischen Stimmabgabe geschaffen. Die Wähler*innen konnten hier ihre Stimme elektronisch vor oder am Wahltag im Wahllokal abgeben, auch die Wahl mittels Stimmzettel war möglich. Eine elektronische Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals war nicht möglich.

Im Jahr 2010 entschied die finnische Politik, dass die Entwicklung der elektronischen Wahl in den Wahllokalen vorerst nicht weitergeführt wird, die internationalen Entwicklungen jedoch beobachtet werden sollen. Im Jahr 2016 wurde eine Expert*innenkommission zur Ausarbeitung des Einsatzes von E-Voting eingesetzt, die aber aufgrund der überwiegenden Risiken von einer Implementierung der elektronischen Stimmabgabe abriet.

Frankreich

Jahr: 2003

Wahl: Rat für Senatorenwahlen, Parlamentswahlen

Funktionsweise: Stimmabgabe über das Internet

Akzeptanz und Nutzung: In Frankreich gab es seit dem Jahr 2003 für Auslandsfranzosen und -französinnen einige Möglichkeiten, E-Voting anzuwenden. 2003 konnten sie einen Rat wählen, welcher anschließend 12 Senatoren des Senats gewählt hat. Die nächste Möglichkeit, online die Stimme abzugeben, war 2012, als 11 Mitglieder der Nationalratsversammlung von Französinnen und Franzosen, welche im Ausland wohnen, über das Internet gewählt wurden.

Bei der letzten Wahl wurde das Konzept des E-Votings für Auslandsfranzosen aufgrund von Sicherheitsbedenken allerdings fallen gelassen.

Irland

Jahr: 2002

Wahl: lokale, nationale und Europaparlamentswahlen

Funktionsweise: Wahlcomputer

Akzeptanz und Nutzung: Im Jahr 2002 gab es in Irland Versuche, mittels Wahlcomputern zu wählen. Es war vorgesehen, diese in lokalen, nationalen und Europaparlamentswahlen einzusetzen. Im Jahr 2009 wurde aufgrund von Sicherheitsmängeln die Initiative beendet.

Litauen

Jahr: Implementierung 2020

Akzeptanz und Nutzung: In Litauen wird die Implementierung der elektronischen Stimmabgabe für das Jahr 2020 geplant. Bis Ende 2019 sollen alle notwendigen rechtlichen und organisatorischen Änderungen vorgenommen sein. Laut einer Umfrage, welche vom Justizministerium in Auftrag gegeben wurde, sind 56 % der Litauer*innen für die Einführung dieser zusätzlichen Abstimmungsmöglichkeit.

Niederlande

Jahr: bis 2007

Funktionsweise: Wahlcomputer

Akzeptanz und Nutzung: In den Niederlanden wurde nach der Aufdeckung von Sicherheitsproblemen mit den eingesetzten Wahlcomputern 2007 die Verwendung dieser wieder eingestellt. Es wurden zwei Untersuchungskommissionen eingesetzt, die zu folgenden Ergebnissen kamen: Den Ministerien fehlte das technische Know-how für den Einsatz von Wahlcomputern. Auf sicherheitstechnische Probleme wurde von der Regierung nur mangelhaft reagiert. Auch die Kontrollberichte über die Wahlcomputer wurden nicht veröffentlicht. Kritisiert wurde außerdem, dass der entsprechend rechtliche Rahmen für elektronische Wahlen nicht ausreichend implementiert wurde. Die Evaluierung des Wahlvorgangs ergab, dass die Wahlcomputer nicht ausreichend transparent waren und das

Management wie die Sicherheit der Wahl per Wahlcomputer nicht entsprechend reguliert wurde.

Norwegen

Jahr: 2011 und 2013

Wahlen: lokale und nationale Wahlen

Funktionsweise: Online Stimmabgabe

Akzeptanz und Nutzung: 2011 und 2013 wurde in Norwegen bei lokalen und nationalen versuchsweise E-Voting eingesetzt. Trotz anfänglicher Unterstützung durch die Bevölkerung für die Online-Stimmabgabe blieb das Ziel, die Wahlbeteiligung dadurch anzuheben, aus. Die Wähler*innen befürchteten, dass ihre Stimme veröffentlicht werden könnte und somit demokratische Prozesse untergraben werden. Zudem äußerte das norwegische Institut für Sozialforschung Kritik an der unkontrollierten Umgebung bei der Stimmabgabe, da nicht sichergestellt ist, dass die Wähler*innen unbeeinflusst und geheim ihre Stimme abgeben. Die Implementierung des E-Voting wurde schließlich nicht weiter verfolgt.

Österreich

Im Jahr 2004 wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit den Erfordernissen für eine Implementierung von E-Voting bei österreichischen Wahlen auseinandergesetzt hat. Diese kam zu dem Ergebnis, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen durch eine verfassungsrechtliche Verankerung sowie weitere Gesetzesänderungen geschaffen werden müssten. Zudem muss eine neue Wähler*innenevidenz erarbeitet und die Bürger*innenkarte so weit wie möglich verbreitet werden. 2016 kam E-Voting wieder auf die politische Agenda, als der damalige ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka für die Einführung einer solchen Abstimmungsmöglichkeit plädiert hat. Im Rahmen der Nationalratswahl 2017 haben alle Parteien die Implementierung von E-Voting aufgrund von Sicherheitsbedenken aber abgelehnt.

Schweden

Jahr: Diskussion im Jahr 2013

Wahlen: nationale Wahlen

Akzeptanz und Nutzung: Schwedens E-Gouvernement System ist sehr gut ausgebaut. In dem hoch technologisierten Land kann man neben dem Steuerausgleich unter anderem auch sein Auto online anmelden. Viele Behördenwege werden dadurch hinfällig. Trotz dieser bereits sehr ausgeprägten Internetaffinität gibt es kein E-Voting in Schweden. Im Jahr 2013 wurde diskutiert, E-Voting bei den nationalen Wahlen 2018 einzusetzen. Der Justizminister hat jedoch aufgrund der Risiken sowie Schwierigkeiten bei der Geheimhaltung diesem Vorstoß eine Absage erteilt.

Schweiz

Seit: 2000 Beginn, tatsächlicher Einsatz 2004

Wahlen: Nationalratswahlen, eidgenössische Volksabstimmungen, kantonale und kommunale Ebene

Funktionsweise: Im Einsatz sind derzeit 2 unterschiedliche Systeme. Jenes des Kantons Genf, welches auch von anderen Kantonen verwendet wird, sowie das E-Voting System der Post. Beide haben eine Genehmigung vom Bund und eine ähnliche Funktionsweise. Bei der Stimmabgabe tippt man Zahlen- und Buchstabenkombinationen, welche auf dem Stimmzettel stehen, ab. Es werden 24 Zeichen inklusive des eigenen Geburtsjahres für die Anmeldung benötigt. Anschließend erscheint der elektronische Stimmzettel. Per Mausklick bestätigt man seine Auswahl, anschließend berechnet das Programm einen Zahlencode, welcher auf dem Bildschirm angezeigt wird. Die individuelle Verifizierbarkeit ermöglicht es den Bürger*innen zu kontrollieren, ob die Stimme unverändert und richtig übermittelt wurde.

Ursprünglich wurde auch ein drittes System entwickelt, jenes des Consortiums Vote électronique bestehend aus 7 Kantonen (Aargau, Freiburg, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen, Solothurn und Thurgau). Dieses wurde jedoch nach dem Beschluss des Bundesrats 2015 aufgrund etwaiger Sicherheitslücken aufgelöst.

Welches System, ob und wann diese Form des Abstimmens verwendet wird, entscheiden die Kantone. Die Koordination der schweizweiten Einführung übernimmt die Schweizerische Bundeskanzlei.

Neue Beschlüsse vom Bundesrat sehen eine Offenlegung der Quellcodes vor, wodurch eine transparentere Systemgestaltung ermöglicht werden soll. Es gilt „Sicherheit vor Tempo“, weshalb die Implementierung schrittweise erfolgt. Das Ziel ist der Einsatz von E-Voting in

zwei Dritteln der Kantone bis 2019. Zukünftig soll die elektronische Stimmabgabe eine gleichwertige Alternative zum Urnengang und der Briefwahl darstellen.

Akzeptanz und Nutzung: Im Jahr 2000 startete *Vote électronique* in der Schweiz, wobei es erstmals im Jahr 2004 im Kanton Genf zur tatsächlichen Umsetzung gekommen ist. Viele andere Kantone folgten. Im Jahr 2015 verfügte mehr als die Hälfte der insgesamt 26 Kantone über die Möglichkeit elektronisch abzustimmen. Bis dato fanden mehr als 200 Wahlen mit der Möglichkeit des E-Votings statt.

Die Akzeptanz gegenüber E-Voting ist hoch, bis zu 67% der Auslandsschweizer*innen verwenden diese Abstimmungsmöglichkeit. Die Wassenaar-Klausel wurde 2013 aufgehoben, bis zu diesem Beschluss waren nur Auslandsschweizerinnen und -schweizer zum E-Voting zugelassen, welche in einem Vertragsstaat des Wassenaar-Abkommens (EU-Staat, Andorra, Liechtenstein, Monaco, San Marino, Vatikanstadt, Nordzypern) gelebt haben. Fortan müssen Stimmberechtigte, welche nicht in einem Staat leben, in dem die Verwendung von Verschlüsselungstechnologien erlaubt ist, vorher über die möglichen Konsequenzen ihrer Stimmabgabe aufgeklärt werden.

Die heutigen Systeme ermöglichen, dass bei eidgenössischen Wahlen maximal 10% der Wahlberechtigten oder 30% im jeweiligen Kanton elektronisch abstimmen können. Werden die erhöhten Sicherheitsanforderungen erfüllt, könnte diese Hürde fallen. Bei kantonalen Abstimmungen gibt es keine Beschränkungen. Je nach Kanton unterscheidet sich die Breite des Angebots an die Wähler*innen. In acht Kantonen gibt es die Möglichkeit für Auslandsschweizer*innen, online abzustimmen. Diese sind Aargau, Bern, Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Luzern, Neuenburg sowie Sankt Gallen. Zusätzlich zu Auslandsschweizer*innen sollen künftig Menschen mit besonderen Bedürfnissen sowie Menschen mit Wohnsitz in Basel-Stadt ebenso elektronisch abstimmen dürfen.

Slowakei

Jahr: 2004

Wahlen: Präsidentschaftswahl

Akzeptanz und Nutzung: In der Slowakei wurde im Rahmen der Präsidentschaftswahl 2004 ein E-Voting Test mit 774 Personen durchgeführt. Dabei wurden technische Probleme, Datenschutzfragen sowie eine niedrige Internetzugangsquote festgestellt.

Eine Umfrage im Jahr 2006 ergab, dass 37% der Wahlberechtigten bereit sind, online ihre Stimme abzugeben, 54% haben dies aufgrund eines mangelnden Internetzugangs oder mangelnder Kenntnisse im Umgang mit Computern abgelehnt, Sicherheitsrisiken spielten keine Rolle.

Spanien

Jahr: 2003

Wahlen: Regionalparlamentswahlen

Funktionsweise: Online Stimmabgabe

Akzeptanz und Nutzung: Bei der Regionalparlamentswahl in Katalonien im Jahr 2003 konnten Auslandskatalan*innen erstmals via Internet abstimmen. Trotz mangelnder rechtlicher Relevanz konnte man eine hohe Teilnehmer*innenzahl verbuchen.

2004 wurden E-Voting-Tests erstmals landesweit durchgeführt. In drei Gemeinden konnten die Wähler*innen, nach bereits erfolgter Stimmabgabe, an einem E-Voting-Test teilnehmen. Das Resümee fiel positiv aus.

Vereinigtes Königreich

Jahr: 2002

Funktionsweise: Wahlmaschinen an öffentlichen Orten, Wahlkioske in Supermärkten und Pubs, ab 2003 online, per Telefon.

Akzeptanz und Nutzung: Seit 2002 gab es immer wieder lokale E-Voting Tests im Vereinigten Königreich. Dabei kamen Wahlmaschinen an öffentlichen Orten außerhalb von Wahllokalen – Wahlkioske in Supermärkten und Pubs – zum Einsatz. 2003 gab es erstmals die Möglichkeit, online Vertretungskörper zu wählen. Der Bezirksrat von Corley konnte per Telefon, Brief oder Internet gewählt werden. 2008 konnten bei Lokalwahlen über 1,5 Millionen Menschen via SMS, Internet oder digitalem Fernsehen sowie in Wahlkiosken abstimmen. Über diese Tests kam das E-Voting jedoch nicht hinaus.

Aktuell kann man im Vereinigten Königreich persönlich im Wahllokal, auf postalischem Weg oder durch eine*n Vertreter*in wählen. In den Jahren 2014 und 2017 sind wieder Debatten über die Implementierung von E-Voting aufgekommen. Die vom Parlament eingesetzte „Digitale Demokratie-Kommission“ fordert aktuell, dass 2020 die Stimmabgabe via Internet für jede*n Wähler*in möglich sein soll.

Europarat

Der Europarat hat als einzige Organisation intergouvernementale Standards im Bereich des E-Votings gesetzt. Diese können sowohl von Mitgliedsstaaten als auch von Nichtmitgliedsstaaten sowie von anderen relevanten Akteuren als Referenz herangezogen werden. Ein Expert*innenkomitee wurde eingesetzt, welches rechtliche, operationelle sowie

technische Standards für E-Voting erarbeiten sollte. Das Ziel ist durch einen einheitlichen Einsatz von E-Voting, der die Prinzipien einer demokratischen Wahl erfüllt, das Vertrauen der Wähler*innen in diese Wahlmethode aufzubauen. Die 49 erarbeiteten Richtlinien beinhalten, wie eine übersichtliche, verständliche Benutzeroberfläche des E-Voting Systems aussehen soll, die Sicherstellung der Stimmenanonymität in jedem Stadium des Wahlvorgangs gewährleistet ist, die schrittweise Implementierung der neuen Abstimmungsmöglichkeit, sowie die Möglichkeit der Überprüfung des Systems, bevor die Wahl beginnt.

Quellen

BBC

<http://www.bbc.com/news/business-39955468>
<http://www.bbc.com/news/technology-28055678>
<http://www.bbc.com/news/uk-politics-30234304>

Belgian Science Policy Office

http://www.belspo.be/belspo/organisation/publ/pub_ostc/SoCoh/so11075vote_de.pdf

Britisches Parlament

<http://www.parliament.uk/business/commons/the-speaker/speakers-commission-on-digital-democracy/>
<https://www.parliament.uk/business/commons/the-speaker/speakers-commission-on-digital-democracy/ddc-news/electronic-voting-meeting-/>

Bundesministerium für Inneres Österreich

http://www.bmi.gv.at/412/files/Bericht_UAG_3_Internationales.pdf
http://www.bmi.gv.at/412/files/SIAK_Journal_03_05_E_Voting.pdf

Bürgerportal Schweiz

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-51947.html>
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-66273.html>
<https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/politische-rechte/e-voting/berichte-und-studien.html>
<https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/politische-rechte/e-voting/chronik.html>
<https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/politische-rechte/e-voting/ueberblick.html>
<https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/47852.pdf>

Bundeszentrale für politische Bildung

<http://www.bpb.de/apuz/255967/e-voting-in-estland-vorbild-fuer-deutschland?p=all>

Council of Europe

<https://www.coe.int/en/web/electoral-assistance/e-voting>

Demokratiezentrum

<http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/e-voting.html>

Department of Electrical Engineering

<http://homes.esat.kuleuven.be/~decockd/slides/electronic.voting.in.belgium.past.today.and.future.20121025.pdf>

Der Spiegel

<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/netzwelt-ticker-keine-computer-wahl-in-den-niederlanden-a-508437.html>

Der Standard

<https://derstandard.at/2000044620411/Ueber-die-Tuecken-von-E-Voting-und-I-Voting>

Deutscher Bundestag

<https://www.bundestag.de/blob/412066/df70d4a9753c21463cff4030d510cf06/wd-3-030-14-pdf-data.pdf>

Die Post Schweiz

<https://www.post.ch/de/geschaeftlich/themen-a-z/branchenloesungen/e-voting-loesung-der-post>

Die Presse

<https://diepresse.com/home/politik/bpwahl/5085025/Lopatka-wirbt-fuer-EVotingSystem-in-Oesterreich>

Die Schweizer Behörden

<https://www.ch.ch/de/demokratie/der-elektronische-stimmkanal/wie-wahle-und-stimme-ich-elektronisch>

Die Zeit

<http://www.zeit.de/news/2015-10/25/wahlen-referendum-ueber-e-voting-in-bulgarien-wohl-gescheitert-25205202>

Election website of the Ministry of Justice Finland

<http://www.vaalit.fi/en/index/currentissues/electronicvoting.html>

Europäisches Parlament

http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/556948/IPOL_STU%282016%29556948_EN.pdf

Flämisches Parlament

<https://www.vlaanderen.be/nl/vlaams-parlement/verkiezingen/digitaal-stemmen>

Forbes Magazine

<https://www.forbes.com/sites/kalevleetaru/2017/06/07/how-estonias-e-voting-system-could-be-the-future/#b5a8b1d3b950>

Futurezone

<https://futurezone.at/netzpolitik/fuenf-fragen-zur-wahl-von-e-voting-bis-netzsperren/287.527.511>

<https://futurezone.at/digital-life/moskau-will-e-voting-mit-blockchain-transparent-machen/301.166.159>

Government UK

<https://www.gov.uk/voting-in-the-uk>

Handelszeitung

<https://www.handelszeitung.ch/digital-switzerland/krypto-valley-zug-testet-e-voting-blockchain>

Heise Online

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Mit-Bingo-Stimmen-ins-Studierendenparlament-177691.html>

Hessischer Rundfunk

<http://www.hr-inforadio.de/programm/themen/faktencheck-e-voting,faktencheck-beer-onlinewahlen-100.html>

Institute for Public Affairs Slovakia

<http://www.ivo.sk/5314/en/news/e-democracy-in-slovakia>

Joinup

<https://joinup.ec.europa.eu/document/electronic-voting-belgium>

Kanton Genf

<http://ge.ch/vote-electronique/>

Karlsruher Institut für Technologie

https://www.kit.edu/kit/pi_2008_177.php

LRT Televizija

<http://www.lrt.lt/en/news-in-english/29/108140/56-percent-in-lithuania-in-favour-of-e-voting>

National Democratic Institute

<https://www.ndi.org/e-voting-guide/examples/re-evaluation-of-e-voting-netherlands>

Neue Zürcher Zeitung

<https://www.nzz.ch/international/e-government-in-schweden-der-staat-als-datenkrake-ld.89672>

<https://www.nzz.ch/schweiz/e-voting-abstimmen-per-klick-soll-2019-in-den-meisten-kantonen-moeglich-sein-ld.155526>

Reuters

<https://www.reuters.com/article/us-france-election-cyber/france-drops-electronic-voting-for-citizens-abroad-over-cybersecurity-fears-idUSKBN16D233>

Staatskanzlei Schweiz

https://www.sta.be.ch/sta/de/index/wahlen-abstimmungen/wahlen-abstimmungen/e-voting/haeufige_fragen/rund_um_evoting.html

Sveriges Radio

<http://sverigesradio.se/sida/artikel.aspx?programid=2054&artikel=6387118>

The Baltic Times

https://www.baltictimes.com/lithuanian_government_seeks_to_introduce_online_voting_this_year/

The Brussels Times

<http://www.brusselstimes.com/brussels/5771/electronic-voting-to-be-introduced-in-all-brussels>

The Electoral Commission UK

<https://www.electoralcommission.org.uk/i-am-a/journalist/electoral-commission-media-centre/news-releases-campaigns/britain-launches-largest-trial-of-electronic-voting-in-europe>

The Independent

<https://www.independent.ie/irish-news/54m-voting-machines-scrapped-for-9-each-26870212.html>

The Telegraph

<http://www.telegraph.co.uk/technology/2017/06/07/still-cant-vote-online/>

United Nations Public Administration Network

<http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/other/unpan024599.pdf>

Wirtschaftsuniversität Wien

<https://www.wu.ac.at/en/evoting/news-details/detail/elektronische-demokratie-in-europa/>

Yleisradio Finland

https://yle.fi/uutiset/osasto/news/ministry_working_group_says_not_yet_to_online_voting_in_finland/9984736

ZDNet

<https://www.zdnet.com/article/could-blockchain-be-the-missing-link-in-electronic-voting/>

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die "Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung" (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und der sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht ihre Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt ihren Mitgliedern und allen Förderern ihrer Arbeit.